

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

29. Juni 2026
Widmer Reichlin Gisela

P 453 Postulat Hodel Thomas und Mit. über die Finanzierung von Massnahmen zur Reduktion der Ammoniakemissionen bei Stallbauten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Franziska Rölly beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Thomas Alois Hodel hält an seinem Postulat fest.

Thomas Alois Hodel: Für mich muss bei dieser Diskussion ein Punkt ganz am Anfang stehen. Der Zwischenbericht des Teilplans Ammoniak stellt klar, dass die Luzerner Landwirtschaft bisher rund 50 Millionen Franken investiert hat, um den Massnahmenplan Ammoniak umzusetzen. Die öffentliche Hand, also Bund und Kanton zusammen, hat 18 Millionen Franken beigesteuert. Weitere Kosten werden noch folgen, vor allem bei Güllelagerabdeckungen und bei emissionsmindernden Stallbauten Stahlbauten. Genau hier liegt für mich das Problem. Der Kanton erlässt Vorgaben und er verlangt neue Massnahmen. Aber am Schluss bezahlt die Landwirtschaft den grössten Teil der Rechnung. Das ist nicht irgendeine anonyme Branche, sondern einzelne Bauernfamilien. Sie können diese Mehrkosten nicht einfach auf den Produktpreis aufschlagen. Besonders stossend wird es, wenn man den Zwischenbericht genau liest. Bei den Abdeckungen von offenen Güllelagern, über die wir beim Traktandum 57 diskutiert haben, wurde die Wirkung massiv überschätzt. Ursprünglich ging man davon aus, 450 Tonnen Ammoniak einzusparen. Heute weiss man, dass das theoretische Potenzial nur bei 146 Tonnen liegt. Der tatsächlich erreichte Stand im Juli 2025 war gerade einmal 43 Tonnen, also fast zehnmal weniger als man zuerst angenommen hat. Das heisst konkret, dass die Landwirtschaft investiert, sie hat gebaut und umgesetzt. Aber die Wirkung ist deutlich kleiner als ursprünglich angenommen. Ich sage das nicht, um die Umweltziele grundsätzlich infrage zu stellen. Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Das hat sie mit diesen Investitionen längst bewiesen. Aber es ist nicht fair, wenn die Landwirtschaft einen Hauptteil dieser Kosten trägt und der Kanton am Schluss feststellt, dass diese Massnahmen gar nichts genützt haben. In dieser Diskussion hört man immer wieder, dass andere Branchen auch teure Umweltauflagen haben. Das stimmt, aber dieser Vergleich hinkt gewaltig. Nehmen wir den Katalysator beim Auto. Anfang der 1990er-Jahre hiess es, dass alle Autos in Europa mit einem Katalysator ausgerüstet werden müssen. Wenn sie ein Auto kaufen, kostet das Auto einen Katalysator mehr. Hinzu kommt, wie sich der Preis verändert. Am Schluss zahlt es die Käuferschaft. Genau das funktioniert in der Landwirtschaft nicht. Wenn Luzern strengere Anforderungen als andere Kantone erlässt, ist das für uns ein grosser Wettbewerbsnachteil. Der Milchpreis steigt nicht, der Schweinepreis schon gar nicht. Im Detailhandel bezahlen Sie mehr, weil es heisst, dass das Produkt ökologischer ist. Aber der Bauer erhält nicht mehr. Es geht hier um Verantwortung. Wer befiehlt, der soll auch mitbezahlen. Der Kanton muss noch einen Schritt machen. Welche Massnahmen bringen wirklich etwas? Welche Massnahmen sind verhältnismässig und welche sind vor allem praxistauglich? Genau diesbezüglich haben wir wieder ein Beispiel: Ein Luftreiniger in einem Laufstall für Milchkühe. Das ist einfach komplett gaga. Ein solcher Laufstall lebt eben gerade davon, dass er luftdurchflutet und offen ist. Dort will man Luftreiniger anbringen. Das ist doch komplett gaga. Jetzt stehen wir an einem Punkt, an dem wir die Verhältnismässigkeit gewisser

Massnahmen prüfen müssen. Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Teil zu leisten, aber sie darf nicht allein gelassen werden.

Franziska Röllli: Die Ziele zur Ammoniakreduktion werden im Kanton Luzern seit Jahren verfehlt. Zudem ist der Ausstoss aufgrund der sehr hohen Tierdichte per se grösser als in anderen Regionen der Schweiz. Die Schäden an empfindlichen Ökosystemen sind dementsprechend gross. Wir begrüssen deshalb, dass die Vorschriften im Kanton in den letzten Jahren verschärft wurden. Wir anerkennen zudem, dass der Kanton mit der Schaffung der Stelle «Ammoniakexperte» eine wichtige Forderung des Postulats bereits umgesetzt hat. Sich bei den Mitfinanzierungen von Massnahmen zur Senkung der Ammoniakemissionen auf die bundesrechtliche Strukturverbesserungsverordnung zu beschränken, ist aufgrund der überdurchschnittlichen Betroffenheit des Kantons Luzern nicht ausreichend. Da aus unserer Sicht jedoch auch das Verursacherprinzip und die Verhinderung von Mitnahmeeffekten wichtig sind, möchten wir keine grundsätzliche generelle Mitfinanzierung von Massnahmen zur Ammoniakreduktion. Stattdessen soll der Kanton zusätzlich gezielt Massnahmen mitfinanzieren, welche vielversprechend sind, bisher jedoch noch kaum angewendet werden. Dies soll als Investition in eine schnellere Absenkung der Ammoniakemissionen und in den Schutz unserer Ökosysteme verstanden werden und nicht, wie im Postulat gefordert, eins zu eins mit Einsparungen an unbekannter Stelle kompensiert werden müssen. Wir beantragen deshalb die teilweise Erheblicherklärung und bitten Sie, uns zu folgen.

Benno Ineichen: Als ich vor 30 Jahren meinen Betrieb übernommen habe, habe ich als Erstes den Stall in eine tierfreundliche Haltung mit regelmässigem Auslauf im Freien (RAUS) und besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen (BTS) umgebaut. Das war das Modernste, das man damals machen konnte. Es war zwar ein Kleinbetrieb, aber auch ein Kleinbetrieb konnte modern sein. Wir haben die Laufhöfe gedeckt, mit Spalten darauf, damit man dort kein Ammoniak hatte. Wir haben alles selbst bezahlt und investiert. Inzwischen konnte ich den Hof meinem Sohn übergeben. Der Hof entspricht immer noch den neuesten Vorgaben. Beim Schweinestall haben wir Ausläufe gebaut und alles tierfreundlich gestaltet. Der Betrieb ist wie nicht nur bei mir, sondern wie auch die meisten Luzerner Betriebe in Bezug auf den Tierschutz mit besonders tierfreundlicher Haltung, an erster Stelle und ein Vorbild in der ganzen Schweiz. Wo haben wir nun aber ein Problem? Der Kanton Luzern geht weiter als andere Kantone und wir müssen uns am Markt messen. Wenn der Kanton eine Luftreinigung vorschreibt, können wir das Schweinefleisch nicht teurer verkaufen, und wir haben nichts davon, wenn wir das Ammoniak zurückbehalten. Sie können zwar Statistiken machen, aber wenn Sie wollen, dass es schneller geht, dann führen Sie effizientere Baubewilligungsverfahren durch und stellen die Sistierungen in Ihren Ämtern ab. Dann ist der Luzerner Bauer auch bereit, zu investieren. Schauen Sie einmal, wie viel Arbeit unsere Bauplaner durch die Landwirtschaft erhalten. Beachten Sie dabei aber auch, dass ein grosser Berg nicht erledigt ist. In allen Ämtern steht man an, sei es in der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Rawi) oder im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement. Die Gesuche werden vorbeugend sistiert, gerade auch wegen dem WWF, und danach jammert man, weil man mit der Arbeit nicht nachkommt. Dort sollten Sie den Hebel ansetzen. Die SVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Hanspeter Bucheli: Die Ammoniakproblematik beschäftigt nicht nur die Luzerner, sondern die gesamte schweizerische Landwirtschaft schon länger. Aus meiner Sicht ist es besonders erschwerend, dass sich die Massnahmen von Tier- und Umweltschutz besonders bei Stallbau zum Teil widersprechen. So laufen tierfreundliche Stallungen mit grosszügigen Flächen die Gefahr, mehr Ammoniak zu emittieren. Ein Spagat, den wir bis heute nicht vollständig im Griff haben. Kommt hinzu, dass die Mehrkosten auf dem Markt nicht eingefordert werden können. Ich denke, das war auch der Hauptauslöser dieses Postulats, was auch die Voten von Thomas Alois Hodel und Benno Ineichen bestätigt haben. Es ist aber festzuhalten, dass der Kanton Luzern in dieser Beziehung bereits sehr viel unternimmt. Ich denke dabei an den Massnahmenplan II, das Ressourcenprojekt und die Drehscheibe Ammoniak. Dort fliesst auch ordentlich Geld über die Strukturverbesserung, was in der Stellungnahme des Regierungsrates wiedergegeben wurde. Im Übrigen ist das Forschungslabor Nährstoffflüsse

von Agroscope in Sursee angesiedelt. Ich glaube, dass im Moment nicht in erster Linie mehr Geld gefordert ist, sondern mehr Know-how, um unseren Hofdünger besser verwerten zu können. Ich bin überzeugt, dass diesbezüglich noch Potenzial besteht, vor allem wenn es darum geht, Kunst- und Mineraldünger einzusparen. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich ab. Eine kleine Minderheit stimmt der Erheblicherklärung zu.

Josef Schuler: In der Schweiz und in der Zentralschweiz liegen die Ammoniakwerte weiterhin über den kritischen Richtwerten, trotz Massnahmen wie abgedeckten Güllesilos, stickstoffarmem Futter und Schleppschlauchpflicht. Dass wir hier nicht vorankommen, ist eigentlich ein Alarmzeichen, obwohl wir dieses Thema schon jahrelang bearbeiten und viel Geld investiert wird. Die Schweizer Landwirtschaft emittiert heute noch doppelt so viel Ammoniak, als ökologisch zulässig. Im Kanton Luzern mit einer Tierdichte weit über dem Schweizer Durchschnitt müsste der Stickstoffeintrag auf weniger als ein Drittel des aktuellen Wertes gesenkt werden, um nachhaltig zu sein. Die Reduktion darf nicht mehr lange hinausgezögert werden. Empfindliche Ökosysteme brauchen, wenn sie einmal durch Überdüngung zerstört wurden, Hunderte von Jahren, um sich wieder zu erholen. Die Ammoniakkonzentration ist an 23 Standorten im Kanton Luzern in den letzten 20 Jahren mehr oder weniger gleichgeblieben. In den letzten beiden Jahren hat sie sogar um 30 Prozent zugenommen. Die Lösung ist grundsätzlich klar: Es muss verhindert werden, dass stickstoffhaltige Biomasse so abgebaut wird, dass Stickstoff in die Luft gelangt. Gelingt das nicht, muss die Zahl der Tiere auf ein vernünftiges Mass reduziert werden. Das Postulat anerkennt die Ursache der Ammoniakemissionen und will diese eindämmen. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Dafür danke ich dem Postulanten. Klar ist, dass in der Landwirtschaft Handlungsbedarf besteht. Am besten packt die Landwirtschaft das Problem selbst an, ohne dass andere ihr Vorschriften machen müssen. Die Forderung des Postulats nach zusätzlichen staatlichen Mitteln zur Emissionsreduktion bei gleichbleibenden Tierzahlen ist jedoch nicht wirklich zielführend. Anstatt die Tierbestände zu reduzieren, setzt das Postulat auf technische Massnahmen, deren Kosten die Allgemeinheit tragen soll. Das können wir nicht wirklich unterstützen. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt auf, dass andere Lösungen nötig sind, weil das Potenzial der bestehenden Massnahmen noch nicht ausgeschöpft ist. Ebenso müssen wir klären, inwieweit die Allgemeinheit für Probleme aufkommen soll, die vor allem durch intensive Landwirtschaft verursacht werden. Es ist eine Landwirtschaft, die wir so eigentlich nicht wollen. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Martin Birrer: Die FDP steht hinter einer starken Landwirtschaft und ist nicht für eine Limitierung der Tierbestände. Trotzdem lehnt die FDP-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich ab. Weshalb? Der Kanton Luzern setzt bereits heute viel Geld zur Reduktion der Ammoniakemissionen ein. Wir wollen diesen finanziellen Beitrag nicht noch erhöhen. Wir müssen uns aber bewusst sein: Je mehr Forderungen wir stellen, desto mehr Geld müsste auch fliessen. Deshalb sind wir nicht für weitere Forderungen.

Laura Spring: Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ebenfalls ab. Ich habe aber das Postulat mitunterzeichnet, mit der Idee, dass wir im Kanton Luzern ein Problem haben mit den Ammoniakemissionen. Wie von Franziska Rölli erwähnt, ist es ein überdurchschnittliches Problem. Das kann man nicht negieren. Wie wir gerade von Josef Schuler gehört haben, soll die Landwirtschaft das Problem selbst anpacken. Das ist gut und recht, aber die Bevölkerung und die Öffentlichkeit stellen solche Ansprüche, wie wir das gerade von Benno Ineichen gehört haben. Die Tiere müssen Auslauf haben. Wenn man aber einen Auslauf baut, erhöht man die Ammoniakemission. Mittlerweile weiss man, wie man Ausläufe bauen kann, die weniger Ammoniak emittieren. Aber dann muss man eine Kot-Harn-Trennung vornehmen, denn auf diese Weise entsteht Ammoniak. Dafür muss man investieren können. Dort beisst sich der Kanton Luzern in den eigenen Schwanz, diesbezüglich muss ich Benno Ineichen recht geben. Wir haben das Problem, dass sehr viele Baugesuche sistiert werden, insbesondere wegen der Geruchsemissionen. Infolge der zu hohen Geruchsemissionen kann nicht in neue Bauten investiert werden. Dadurch verschärft man die Situation. Hanspeter Bucheli sagte zu Recht, dass wir noch nicht ganz genau wissen, wie man die Ammoniakemissionen

bei gleichbleibendem Tierwohlstandard tiefhalten kann. Aber die Probleme sind komplex und die Landwirtschaft wird sie ganz sicher nicht selbst lösen können, solange sich die restliche Bevölkerung aus der Verantwortung nimmt und weiterhin günstiges Fleisch will und die Tiere perfekt gehalten werden sollen. Die Schweine sollen frei herumspringen, aber bitte keinen Ammoniak produzieren. Das funktioniert am Schluss nicht und wir müssen anerkennen, dass wir das Problem nur als Gesamtgesellschaft lösen können. Jeder muss seinen Beitrag leisten, die Landwirtschaft allein wird das nicht schaffen. Das Störende, das ich erst aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrats richtig verstanden habe und weshalb wir das Postulat ablehnen, ist, dass die SVP-Fraktion fordert, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen. Das funktioniert am Schluss nicht. Wir möchten nicht, dass an anderen Orten bei der Landwirtschaft gespart wird. Es ist auch nicht klar, wo das Geld eingespart und zusätzlich in die Ammoniakemissionsminderung investiert wird. Wenn es aber ein Postulat gäbe, mit dem man zusätzlich sinnvolle Massnahmen finanzieren würde, würden wir Grünen das unterstützen. Wir müssen aber aufpassen. Die ganzen Geruchsemissionen haben ein solches Ausmass angenommen, dass ein Betrieb, der einen Auslauf bauen und ins Tierwohl investieren oder von Milchkühen auf Mutterkuhhaltung wechseln will und den Geruchsabstand zur Einliegerwohnung nicht einhalten kann, nicht investieren kann. Die Blockade im Kanton Luzern führt dazu, dass die Ammoniakemissionen nicht weiter abgesenkt werden können. Der Kanton muss genau hinschauen und praxisnahe und intelligente Lösungen finden, die am Schluss dazu führen, dass die Betriebe das Tierwohl einhalten und Ammoniak reduzieren können.

Thomas Alois Hodel: Josef Schuler hat erklärt, dass nur noch ein Drittel Stickstoff eingesetzt werden soll. Auf diese Weise wären unsere Pflanzen unterversorgt, und der Selbstversorgungsgrad würde in den Keller fallen. Wir überdüngen aber nicht einfach, das macht auch ökonomisch keinen Sinn.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Kanton Luzern ist der drittgrösste Agrarkanton der Schweiz, vor allem auch bezüglich Wertschöpfung. Wieso? Wir sind hervorragende Fleischproduzenten. Jedes dritte Schwein wohnt im Kanton Luzern. Kürzlich hatten wir zum ersten Mal mehr Einwohner als Schweine. Wir haben eine sehr hohe Tierdichte. Wir sind aber auch sehr gut in diesem Bereich. Das heisst, dass unsere Landwirtschaft im Bereich der Tierproduktion viel Know-how hat. Das hat auch eine positive Auswirkung auf die Wertschöpfung. Die eher negative Seite ist, dass wir eine entsprechend hohe Umweltauswirkung haben, beispielsweise beim Ammoniak. Wenn es in der Luft ist, kann das über den Regenfall zu einer Versäuerung oder zu einer Überdüngung der Böden führen, je nachdem, wo es ist, beispielsweise im Wald. Das möchten wir nicht. Es ist eine Herausforderung, zu versuchen, dass dieses Ammoniak nicht in die Luft gelangt. Eigentlich wäre es einfach: Wenn man einen geschlossenen Stall hat, kann man die Luft absaugen und mit einem Biowäscher reinigen. Dann ist das Problem gelöst. Aber das ist natürlich für das Tierwohl, also für das Schwein, das sich frei bewegen können sollte, nicht so gut. Wenn der Stall offen ist, ist es für das Tierwohl besser, aber es wird schwieriger, das Ammoniak einzufangen. Dieser Zielkonflikt bleibt einfach. Wir haben bis jetzt noch nicht herausgefunden, wie man ihn lösen kann. Aber wir arbeiten daran, und das ist sehr wichtig. Kürzlich hatten wir in Adligenswil eine Medienkonferenz zusammen mit dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband und Agroscope, der Forschungsanstalt des Bundes. Dabei ging es darum, Stoffflüsse, seien es Phosphor oder auch Ammoniak, zu beobachten und zu schauen, wo die Stoffflüsse genau sind und wie wir sie noch besser unter Kontrolle bringen können und zu versuchen, noch weniger Ammoniak auszustossen. Zudem muss man auch sagen, dass das Thema der starken Fleischproduktion eine Chance, aber auch ein gewisses Risiko ist, insbesondere jetzt. Wenn die Preise nicht mehr gut sind, ist es natürlich ein Nachteil, dass sehr viele auf dem gleichen Gebiet arbeiten. Daher ist eine Strategie, in der Landwirtschaft breiter zu diversifizieren. Das ist aber ein Thema, das natürlich Zeit braucht. Diese entsprechend hohen Ammoniakemissionen zu reduzieren, ist schon lange ein Ziel des Luzerner Regierungsrates. Man musste die Ziele vor einiger Zeit nach unten anpassen und hat dazu den Massnahmenplan II erstellt, zusammen mit dem

Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband und mit weiteren NGOs. Und wie immer ist es so, dass es den einen eher ein bisschen zu weit geht und den anderen natürlich zu wenig weit. Die Luzerner Landwirtschaft hat viel investiert. Sie haben die Zahlen gehört, nämlich rund 50 Millionen Franken, insbesondere im Bereich der Gülleausbringung. Bund und Kantone haben diese Bemühungen mit bisher rund 18 Millionen Franken, nur bezogen auf diese Bemühungen, unterstützt. Es bestehen aber verschiedene weitere Massnahmen, die nach wie vor von Bund und Kanton unterstützt werden. Dazu möchte ich auf unsere Stellungnahme verweisen. Wir haben darin geschrieben, dass trotz finanzieller Unterstützung durch die Strukturverbesserung nicht alle Beiträge abgeholt werden. Bei den Strukturverbesserungen sind jeweils noch weitere Mittel abzuholen. Diese Vorhaben werden aber nicht umgesetzt, weil es baulich zu mühsam oder sehr aufwendig ist. Es ist aber nicht so, dass es keine weitere Unterstützung gibt. Diese ist aber auch nicht in extremer Höhe vorhanden, das müssen wir natürlich auch sagen. Die Anforderungen in Sachen Ammoniakreduktion bei Stallbauten sind im Vergleich zu anderen Kantonen höher, dies aufgrund der eingangs beschriebenen Ausgangslage. Zudem gewähren auch andere Kantone keine zusätzlichen finanziellen Beiträge ausserhalb der bundesrechtlichen Strukturverbesserungsverordnung. Diese habe ich vorhin erwähnt. Dort wären aber noch Beiträge verfügbar. Was nun aber Abluftreinigungsanlagen betrifft, ist mir wichtig, dass diese beispielsweise in den Kantonen Thurgau, Zürich und Zug ab einer bestimmten Grösse obligatorisch sind. In den Kantonen Thurgau und Zug sind auch erhöhte Fressstände sowie Harnsammelrinnen ab 30 Grossvieheinheiten (GVE) vorgeschrieben. Die Kantone Aargau, St. Gallen und beider Basel verfügen zur Reduktion von Ammoniakemissionen ebenfalls über vergleichbare Vorgaben wie der Kanton Luzern. Im Föderalismus ist es gut, dass es immer Kantone gibt, die strenger sind und solche, die weniger streng sind. Je nachdem, welche Argumente man vertritt, kann man sich mit den entsprechenden Kantonen vergleichen. Es ist mir aber wichtig, auch die andere Seite aufzuzeigen. Darüber hinaus unterstützt unser Kanton das Ressourcenprojekt Ammoniak & Geruch Zentralschweiz. Auch die anderen Zentralschweizer Kantone sind hier dabei, finanziell und personell. Weiter gibt es die Drehscheibe Ammoniak mit dem Ammoniak-Experten, der direkt zu den Bauern auf den Hof geht und sie berät und bei den Massnahmen unterstützt. Dazu wurde im Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung die Stelle des Ammoniak-Experten geschaffen. Diese steht auch für Beratungen zur Verfügung. Ich komme noch zum Thema Baugesuche und Sistierungen. Sie wissen, dass wir hier mit einer Taskforce arbeiten. Ich habe positive Rückmeldungen aus der Landwirtschaft, und wir kommen voran. Ich kann Ihnen sagen, dass es weniger Sistierungen gibt, respektive die ersten Ergebnisse klar in die richtige Richtung gehen. Wir befinden uns im engen Austausch und haben positive Rückmeldungen. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen, nicht weil wir das Thema nicht wichtig finden. Wir tun sehr viel und wir sind der Meinung, dass wir das weiter beobachten müssen. Es wären aber zusätzliche und substanzielle Beträge notwendig, also in der Höhe von mehreren Millionen Franken. Das sehen wir aus Sicht des Regierungsrates nicht und deshalb bitten wir Sie, das Postulat abzulehnen. Im Sinn, dass wir gemeinsam mit den verschiedenen Interessengruppen den bisherigen Weg weitergehen, aber keine zusätzliche hohe finanzielle Beteiligung leisten. Ich bitte Sie, den Antrag des Regierungsrates zu unterstützen und das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 68 zu 39 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 55 zu 53 Stimmen teilweise erheblich.